

Einwanderer - Einwohner -Einheimische?

Begleittext zur gleichnamigen Ausstellung
herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Wilhelmshurg & Hafen
erste Auflage 1988, überarbeitet 2008



Wer ist Ausländer in Wilhelmshurg?

Die "Wasiliewsky's" und "Sokolowski's", die um die Jahrhundertwende aus Posen eingewandert sind, um Arbeit in Wilhelmshurg zu finden - sind das noch Ausländer, oder sind es keine mehr? Die Italiener, Türken, Spanier, die Polen, Portugiesen und viele andere, die seit über dreißig Jahren in Wilhelmshurg leben und arbeiten; ihre Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind, sind sie wirklich noch Ausländer? Und welchen Stand haben die Flüchtlinge und Neubürger aus südamerikanischen und afrikanischen Ländern, aus Afghanistan und dem nahen Osten? Wie sind die polnischen Einwanderer damals zurechtgekommen, als sie noch fremd waren in Wilhelmshurg, als sie als ehemalige Landarbeiter und Tagelöhner in die Großstadt kamen und zum ersten Mal Arbeit fanden in einem Industriebetrieb? Welche Schwierigkeiten gab es zwischen den Einheimischen und den Polen? Die Wilhelmshurger Lokalchronik von Albertus Gehrken berichtet 1896 davon: "Durch den großen Zuzug von namentlich polnischen Arbeitern - 1888 bis 1890 - wurden die friedlichen Verhältnisse auf unserer Insel wie mit einem Schläge vernichtet. Schlägereien und Diebereien standen jetzt auf der Tagesordnung." Das ist lange her. Heute spricht kein Mensch mehr über "die Polacken". Ein zweiter großer Einwanderungsschub nach Wilhelmshurg begann Anfang der 1960er Jahre, als zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland ein gravierender Mangel an Arbeitskräften entstanden war. Die sogenannten Gastarbeiter wurden ins Land geholt; und Wilhelmshurg wurde wegen seiner Nähe zum Hafen wieder der Ort, an dem sich die neuen Einwanderer ansiedelten. Heute lebt hier die dritte Generation. „Einwanderer - Einwohner - Einheimische.“ erzählt die Geschichte dieser beiden Einwanderungsphasen. Nicht, um Gleichsetzungen das Wort zu reden, sondern um Vergleiche zu ermöglichen, die nachdenklich machen. Im Mittelpunkt stehen die Erinnerungen der Menschen, die

selbst eingewandert sind oder sich an den Aufbruch ihrer Eltern und an die lange Geschichte des Heimisch-Werdens noch erinnern können. Andere Quellen sind die Wilhelmshurger Gemeindefakten, das Archiv der katholischen Kirchengemeinde St. Bonifatius Wilhelmshurg und die Erfahrungen der „Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.“ in der Rudolfstraße aus über 25 Jahren Beratungs- und Bildungsarbeit für Migranten in Wilhelmshurg.

Zuerst wurde dieser Text 1988 veröffentlicht als Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung, die im Bürgerhaus Wilhelmshurg und später auch in der Honigfabrik als erste Arbeit der Geschichtswerkstatt Wilhelmshurg gezeigt wurde. Dies ist die bearbeitete und aktualisierte Neuaufgabe des Ausstellungshäftes.

Wilhelmshurg -

eine Insel wird zum Arbeiterviertel

Wilhelmshurg war bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine fruchtbare Marschinsel, die seit der ersten Eindeichung 1333 entstanden war. Auf Wilhelmshurg wurde Landwirtschaft betrieben, und die Wilhelmshurger Bauern belieferten die Stadt Hamburg mit ihrer Milch. Mit der Entstehung der ersten Schiffswerften siedelten sich die Schiffszimmerer an, deren Genossenschaftswohnhäuser noch heute das Straßenbild Wilhelmshurgs prägen.

Als Folge des Anschlusses an das deutsche Zollgebiet errichtete Hamburg 1888 den Freihafen. Der preußische Staatsminister Südekum begeisterte sich 1891 für den Standort Wilhelmshurg mit den Worten: "Wilhelmshurg ist das idealste Industriegebiet des Deutschen Reiches!" Neue Hafenbecken entstanden, bereits bestehende wurden ausgebaut. Mit dem anfallenden Aushub wurden die westlichen Teile der Insel aufgeschüttet. Dort entstanden die neuen Industriegebiete, mehrgeschossige Mietskasernen wurden für die Hafen- und Industriearbeiter errichtet. Wilhelmshurg wurde zum Arbeiterviertel.

1889 wurde die Hamburger Wollkammerei AG als erste große Industrieanstaltung

mit einem Arbeitskräftebedarf von etwa 2000 Menschen gegründet.

Die erste Zuwanderung auswärtiger Arbeitskräfte und deren Familien begann. Die Einwanderer aus der damals zum Deutschen Reich gehörenden Provinz Posen hatten ihre ärmliche Existenz als Landarbeiter und Tagelöhner aufgegeben, weil sie hofften, im Wilhelmshurger Industriegebiet Arbeit und eine neue Existenz zu finden.

Die Industrie hatte ihren Standort in Wilhelmshurg gefunden, und sie warb ihre Arbeitskräfte intensiv gerade in den östlichen Teilen des Deutschen

Reiches, in denen die Armut der Landbevölkerung ihre Bereitschaft zum Auswandern förderte. In Wilhelmsburg ließen sich immer mehr bedeutende Industriebetriebe vor allem des Schiffbaus und der Ölindustrie nieder. Kleine Gewerbebetriebe zogen nach, und das wiederum führte zur Zuwanderung weiterer Arbeitskräfte. Zusätzlich verlegten immer mehr Arbeiter aus Hamburg ihren Wohnsitz nach Wilhelmsburg. Im Zuge der Industrialisierung wurden auch die Verkehrswege ausgebaut. 1889 wurde der Wilhelmsburger Verschiebebahnhof fertig. Bahnarbeiter und Eisenbahnerfamilien aus Schlesien siedelten sich in Bahnhofsnähe an, das Bahnhofsviertel entstand. 1907 hatte Wilhelmsburg bereits 22.000 Einwohner. Die neu Hinzugezogenen brachten nicht nur ihre Arbeitskraft mit, sondern bereicherten das Inselleben auch um viele gesellige und kulturelle Aktivitäten. Tanzveranstaltungen der verschiedenen Konfessionen, Nationalitäten und politischen Gruppierungen am Wochenende bei "Stüben", "Wettern" und "Wilke" gehörten ebenso dazu wie die vielen Vereine. Im Wilhelmsburger Adressbuch von 1907 werden acht kirchliche Vereine, drei militärische, fünfzehn Berufsvereinigungen, drei Kleintierzuchtvereine, fünfzehn Gesangsvereine, zehn Theater- und Musikklubs, fünfzehn Turn- und Sportvereine, zweiundzwanzig Kegellubs und sechsundzwanzig Spar- und Lotteriekubs aufgeführt. 1925 war Wilhelmsburg mit 32.000 Einwohnern die größte Landgemeinde Preußens und wurde zur kreisfreien Stadt erklärt. Zwei Jahre später wurde es nach dem Willen des preußischen Landtages Harburg zugeschlagen; es entstand die Großstadt Harburg-Wilhelmsburg. Zehn Jahre später besorgten die Nationalsozialisten mit einem einzigen Federstreich die Eingemeindung Wilhelmsburgs in den Staat "Groß-Hamburg". Unter den sozialdemokratischen Arbeitern Wilhelmsburgs genoss Hitler wenig Sympathien. In den Lauben ihrer Schrebergärten versteckten sie so manchen politischen Flüchtling. Viele Wilhelmsburger mussten ihre Hilfsbereitschaft später mit Gefängnis oder KZ-Haft bezahlen. Heute ist Wilhelmsburg nach wie vor geprägt durch seinen Inselcharakter, begrenzt durch die beiden Elbarme, die Industriegebiete und durch den Hafen. Durchschnitten wird die Insel von den Autobahnen und Bahngleisen, die Hamburg mit dem Süden verbinden. So gibt es drei sehr verschiedene Quartiere auf der Insel: Moorwerder ist ländlich geblieben, Gemüseanbau, Gärtnereien und Naturschutzgebiete prägen die Landschaft. Kirchdorf mit dem alten und neuen Bahnhofsviertel, der Großsiedlung Kirchdorf-Süd und den Hafnarbeiter-Siedlungen ist gekennzeichnet durch ein Nebeneinander von Wohngebieten und ländlicher Umgebung. Das Reihertsviertel mit den alten Arbeiter-Wohnquartieren, mit Industrie- und Gewerbegebieten und einem hohen Anteil ausländischer Bewohner ist noch weitgehend so erhalten, wie es entstanden ist.

Klein-Warschau in Wilhelmsburg

Geschichte der polnischen Einwanderung von 1890 bis 1922
"Es ist fraglos, dass die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtkosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung der ausländischen Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die größere Bereitwilligkeit, grobe und schwere Arbeiten zu übernehmen, als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter. Ihnen sind gewisse Arbeiten vorbehalten, die der deutsche Arbeiter nur mit Widerstreben ausführt. (...) Das Abstoßen dieser Arbeiter auf die Ausländer bedeutet keine Entartung, sondern eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft."
Dieses Zitat von Friedrich Syrup, dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung 1918, verrät einiges über den überheblichen Geist, in dem das Kaiserreich seine Arbeitsmarktpolitik auf Kosten anderer, vermeintlich minderwertiger Nationen, betrieb. Doch auf die osteuropäischen Auswanderer, die Zukunft und Wohlstand im Westen erhofften - ob Amerika ihr Ziel war oder die westlichen Provinzen des Deutschen Reiches, Norddeutschland und das Ruhrgebiet - hatte dieses Kalkül keinen Einfluss. Sie hatten nichts zu verlieren. Die individuellen Auswanderungsgründe waren vielfältig, doch die Grundursache waren immer Armut, Ausgrenzung und wirtschaftliche Not. Stanislaus Svoboda erinnert sich: "Meine Eltern sind aus Posen, die haben einen kleinen Bauernhof gehabt, sie waren Kleinbauern. Etwas Vieh hatten sie. In Posen gab es große Güter. Die Polen haben ja auch ihre Herren gehabt, die wurden ausgenutzt von ihren eigenen Herren, dass sie verarmten mit der Zeit! Diese Herren, die waren ewig nur auf Reisen nach Frankreich und in die ganze Weltgeschichte, das Land Polen ist bankrott gegangen!"
Peter Walczak, ebenfalls ein Einwandererkind, heute weit über neunzig Jahre alt, berichtet von seiner Mutter: "Meine Mutter war Waise und stammte aus Baschin im Kreis Krotorzyn in Posen. Sie ist mit sechzehn Jahren hierher gekommen. Jemand hat sie mitgenommen: Du hast keine Eltern hier, keine Arbeit und kein Geld. Was willst du noch hier? Da ist

sie mitzuführen. Sie hat in der Wollkämmerei gearbeitet und auch in dem Mädchenwohnheim dort gewohnt. Dann hat sie ihren Mann kennen gelernt, der war ja auch hier rübergekommen. Dann sind die Kinder geboren, das sind wir jetzt."

Die Zuwanderer waren als billige Arbeitskräfte der Industrie besonders willkommen. Eine Begründung hierfür liefern die Beratungen im preußischen Handelsministerium 1895 über das "Ausländerproblem": "Beschränke man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehren sie dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen." Die Vorteile dieses Vorgehens für die einheimischen Arbeitskräfte hob Friedrich Syrup wie folgt hervor: "Ist es unvermeidlich, ausländische Arbeiter heranzuziehen, so erscheint es auch sozialpolitisch angezeigt, sie gerade mit den niedrigsten, keine Vorbildung erfordernden und am geringsten entlohten Arbeiten zu beschäftigen, denn dadurch besteht für die einheimische Arbeiterschaft gleichzeitig der beachtenswerte Vorteil, dass ihr der Auftrieb von der gewöhnlichen, niedrig entlohten Tagelöhnerarbeit zu der qualifizierten und gut entlohten Facharbeit wesentlich erleichtert wird." So wurde schon durch die Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik eine Spaltung der Arbeitenden in erstklassige und zweitklassige und damit Konfliktstoff im Zusammenleben, billigend hin genommen. Doch die politische Mobilisierung durch die Arbeiterbewegung, die erheblich dazu beitrug, dass Eingewanderte und Einheimische ihre gemeinsamen Interessen erkannten, ließ diese Strategie nicht ganz aufgehen. In Wilhelmshurg beschäftigte die Grundstücksgesellschaft und Baufirma Carl und Hermann Vering polnischstämmige Arbeiter bei den Erschließungsarbeiten des Wilhelmshurger Reiherstiegviertels und im Deich- und Kanalbau. In der 1889 fertiggestellten Wollkämmerei, mit fast 2.000 Beschäftigten der größte Industriebetrieb auf der Insel, arbeiteten vor allem Frauen aus Posen. Aber auch in allen anderen Betrieben lag der Anteil der polnischstämmigen Arbeiter bei ungefähr 30 Prozent. Das geht aus einer Akte hervor, die die Gemeinde schon um die Jahrhundertwende führte, um sich einen Überblick über die Arbeitsverhältnisse in Wilhelmshurg während der raschen Industrialisierung zu verschaffen. Einmal jährlich wurden alle Firmen aufgefordert, Informationen zu geben über Betriebsgröße, Anzahl und Herkunft der Arbeitskräfte, Lohnniveau, besondere Vorkommnisse wie Arbeitsunruhen oder Streiks. In dieser Zeit griff der Fabrikdirektor noch selbst zur Feder.

Wohnungsnot

Die Einwanderer siedelten sich vor allem im Reiherstiegviertel, später auch in Neuhof und Georgswerder an. Wilhelmshurg war durch Hafenexpansion und Industrialisierung zum Arbeiterviertel geworden, das nicht genug Platz hatte, die vielen zur Arbeit eingewanderten Menschen unterzubringen. Denn der Wohnungsbau, oder überhaupt der Städtebau, hatte mit der schnellen Industrialisierung nicht Schritt gehalten. Es entstand eine große Wohnungsnot. Dass gerade kinderreiche Arbeiterfamilien - was Anfang des 20. Jahrhunderts die Regel war - besondere Schwierigkeiten hatten, überhaupt Wohnraum zu finden, teilt die Wilhelmshurger Gemeindezeitung im Jahre 1907 mit: "Es ist bekannt, dass Familien mit vielen Kindern bei den Hausbesitzern höchst unbeliebt sind und wohl meistens überhaupt nicht genommen werden." Diejenigen, die eine Wohnung gefunden hatten, lebten unter unbeschreiblich schlechten Bedingungen, die selbst niedrigsten behördlichen Richtlinien keinesfalls entsprachen. Die meisten Zuwanderer hausten in feuchten Kellern, fast fensterlosen, schlecht belüfteten, engen und dunklen Räumen mit niedrigen Decken. Teilweise mussten mehrere Familien auf engstem Raum zusammen leben. Ein Beamter des Regierungspräsidiums in Lüneburg äußerte sich 1899 zum Ergebnis einer amtlichen Wohnungsüberprüfung: "Durch die überreichten Vorlagen hat meine bereits in der Verfügung vom 8.2. dieses Jahres I A 2943 ausgesprochene Vermutung, dass die Wohnungs- und Schlafstättenverhältnisse in Wilhelmshurg und insbesondere in der Gemeinde Reiherstieg erheblich ungünstiger sind als ursprünglich angenommen worden ist, ihre Bestätigung gefunden." Wie dieser Lebensalltag ausgesehen haben mag, beschreiben verschiedene Zeitzeugen sehr anschaulich, zum Beispiel folgendermaßen: "Mutter hat gearbeitet, wir waren drei Kinder... Was hat man damals verdient? Hungerlöhne! Da haben wir einen Mann in die Wohnung aufgenommen. Der hatte Nachtschichten in der Fabrik. Wenn wir in der Schule waren, schlief er im Kinderzimmer. In der Industriestraße, im letzten Haus auf der rechten Seite, da haben wir gewohnt. Stühle? Kannte ich gar nicht. Wir haben eine Bank gehabt, da saßen wir drei Kinder, und Mutter auf der anderen Seite. Und dann hat man so gegessen. Wir hatten zwei Zimmer, eine Schlafstube und die Küche. Drei Zimmer konnte man nicht bezahlen. In der Küche stand ein Küchenschrank und die Kohlenkiste.

Einen Tisch hatten wir und zwei Bänke. Die Kohlenkiste hab ich noch zuhause."
"Wir haben am Vogelhüttendeich gewohnt, gegenüber dem Rialto-Kino. Wir hatten zwei Zimmer. 1913 sind wir nach Neuhof übergezogen. Die Wohnung war auch nicht größer, aber da war das Leben ein bisschen leichter. Mein Vater hatte es von da näher zur Arbeit. Er war schon damals so ein Schreiber, er hat sich da einen kleinen Garten angeschafft. Ja, da bin ich groß geworden. Meine Mutter ist 93 Jahre alt geworden. Sie war eine der letzten, die noch auf Neuhof gewohnt haben, nach ihr wurden alle Wohnblocks abgerissen."
"Ich bin 1907 geboren. Mein Vater ist mit meiner Mutter aus Posen hierher gekommen. Er hat hier am Veddeler Damm, wo jetzt Schuppen 60 und die Kokswerke sind, da hat er mit der Schaufel das neue Hafenbecken ausgehoben. Und auf diesen einzelnen Inseln, da wurden dann die Fabriken gebaut: die chemische Fabrik, die Kupferhütte, die Ölfabrik. Mein Vater ist nachher bei der Kupferhütte angefangen, die hatte Arbeiterhäuser in der Industriestraße. Sie waren unterkellert, hatten Parterre, erste Etage und oben einen Boden, einen Schwitzboden, da konnte man Wäsche trocknen. Die Wohnungen hatten vier Zimmer einschließlich Küche. Das war wie ein Rondeel angelegt, man konnte von einem ins andere Zimmer gehen. Die Küche war zum Hof rüber. Oben und unten waren Toiletten. Rechts das erste Zimmer war Schlafzimmer, Wohnzimmer und dann Elternschlafzimmer. In der Küche stand ein eiserner Ofen, dann die Kohlenkiste, ein Küchenschrank und Bänke. Wir waren sieben Kinder. Immer zwei Kinder haben in einem Bett geschlafen. Alle vier Wochen wurde neues Stroh bei Ahrens am Vogelhüttendeich geholt. Über die Strohsäcke wurden dann Laken gelegt. Marienbild und Jesus am Kreuz - das war in jeder Schlafstube. Und ein Weihwasserbecken, da hat man sein Kreuz gemacht, bevor man ins Bett gegangen ist. Polen war ja zu 90 Prozent katholisch. Und überall, wo man ein Haus betrat, sah man ein Kreuz. Und das war hier dann auch so."

Arbeit

"Ich habe in der Wollkammerie gearbeitet. Da haben fast nur Frauen gearbeitet. Männer brachten die Rohwolle, die kam mit großen Schiffen bis in den Reihertieg. In der Wollkammerie zu arbeiten, das war furchtbar, weil da eine große Hitze ist. Ich war am Krepel, das ist eine große Maschine. Wir mussten die Wolle vom Wagen holen, auf den Tisch legen und ganz fein verteilen. Das Band lief ganz, ganz langsam. Wie oft war zwischen dieser Wolle ein Stück Draht, ein Nagel oder so etwas, das spürten wir ja mit den Händen. Dann mussten wir schnell abstellen und

das Zeug rausholen. Die Wolle lief auf den Bändern weiter und kam dann in ganz kochendes Wasser mit Bleichmittel. Mit anderen auskommen bei der Arbeit? Bei dem Maschinenlärm konnte man kein Wort verstehen oder sprechen. Diese vielen Maschinen, diese große Fabrik, das hat doch alles ein großes Geräusch gegeben! Wenn der Meister kam, hat er geschrien - wir konnten sonst nichts verstehen. In den Pausen saß ich mit den Frauen aus meiner Kolonne zusammen. Was ist denn das, eine Viertelstunde Zeit? Dann sollst du auch essen, da kann man nicht viel erzählen. Manche von den jüngeren sind Sonnabend abends ausgegangen; die haben in der Frühstückspause da gesessen und geschlafen! Zuhause musste ich meine Arbeit ja auch noch machen, ich musste doch waschen und kochen. Wir Frauen haben uns schon oft gefragt, wie haben wir das geschafft? Wie haben wir bloß die Arbeit fertig gekriegt?"
"Ich will ehrlich sagen: unter den Arbeitern ist am Anfang auch ein bisschen Neid gewesen. Sie haben die Polen immer als solche hingestellt, die ihnen ihre Arbeit wegnehmen, Lohnrücker und all solche Sachen, die Einheimischen gegen die Ausländer."
Die polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter waren in der Regel ungelehrt. Sie hatten in Wilhelmsburg nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten. Aber verglichen mit ihrer bisherigen Situation als Tageelöhner und Landarbeiter, abhängig vom Gutsbesitzer, empfanden viele Einwanderer die Industriearbeit als Aufstieg. 87,8 % der Männer waren ungelehrte Arbeiter, 10,6 % waren oder wurden Handwerker. Bei den Frauen überzog der Anteil der Arbeiterinnen mit 69,1 %, als Dienstmädchen arbeiteten 16,7 %, 11,5 % waren nicht berufstätig, und nur 2,6 % der Einwanderinnen arbeiteten als Verkäuferin oder im Handwerk. Die Wollkammerie war der größte Arbeitgeber für die polnischstämmigen Zuwanderer. Im Jahr 1906 beschäftigte die Wollkammerie 880 Menschen, darunter rund 380 Frauen. Durch die Koppelung von Mietverhältnis im Mädchenwohnheim und Arbeitsvertrag in der Wollkammerie waren viele Frauen fast wie Leibeigene an den Betrieb gebunden. Gaben sie die Arbeit auf, so hatten sie auch keine Wohnung mehr und umgekehrt. Frauen bekamen wesentlich niedrigere Löhne als Männer mit der Begründung, sie bräuchten mit dem Lohn keine Familie ernähren, sondern nur dazuerdienen. 1894 wurde die Nacht-Schichtarbeit von Frauen verboten - daraufhin wurden viele Arbeiterinnen der Wollkammerie entlassen. Das Volksblatt für Harburg-Wilhelmsburg, eine sozialdemokratische Zeitung, gab 1906 an, die Wollkammerie zahle die niedrigsten Löhne in ganz Wilhelmsburg. Gearbeitet wurde in zwölf-Stunden-Schichten Tag und Nacht. Frühstücks- oder Vesperpausen gab es nicht. Die Arbeitsbedingungen waren außergewöhnlich hart, gesundheitsgefährdende Dämpfe, Hitze, Unfallgefahr.

Verletzungen und Verstümmelungen kennzeichneten den Arbeitsalltag. Viele der Frauen verließen die Wollkammeri deshalb vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Arbeitsdauer von einem Jahr. Im Februar 1906 begannen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Wollkammeri einen Streik. Sie wendeten sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen, zu niedrige Löhne und gegen das Verbot gewerkschaftlicher Betätigung. Zwar war der Streik, was diese Ziele anging, nicht sehr erfolgreich, doch trug er dazu bei, das Selbstbewusstsein der polnischen Arbeiter zu stärken. Der Aufstieg in höhere Lohngruppen gelang ihnen zunehmend, und damit die Gleichstellung mit den einheimischen Arbeitern. Klassenbewusstsein

entstand, die meisten polnischstämmigen Arbeiter standen - wenn sie organisiert waren - der Sozialdemokratie nahe. Das jedenfalls ist die Einschätzung von Stanislaus Svoboda: "Wenn du anfängst mit arbeiten, da war das erste: gleich in die Gewerkschaft. Die Polen waren genauso organisiert wie die deutschen Arbeiter. Das sage ich heute noch, obwohl manches zu bemängeln ist an der Gewerkschaft: ohne Gewerkschaft geht das einfach nicht! Die polnischen Einwanderer, die sind, kann man sagen, in die Sozialdemokratie hineingewachsen. Die haben sich automatisch mit eingegliedert."

Die sozialdemokratische Presse in Hamburg beschäftigte sich in einem Artikel vom 14. Februar 1906 eingehend mit dem Wilhelmsburger Streik, ergriff Partei für die Lage der Beschäftigten und stellte die Frage der Lohnforderungen in einen größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhang: "Das Verhalten der Direktion der Wollkammeri wird nicht allein von der Wilhelmsburger Bevölkerung, sondern auch von der Umgebung, sogar aus bürgerlichen Kreisen, scharf verurteilt. Die Lohnforderung ist so gehalten, dass sogar auf allen Fabriken und bei den Unternehmern der ganzen Umgebung, schon Löhne bezahlt werden, die die Forderung übersteigen. Scharf verurteilt werden ferner die Kündigungen der Arbeiterinnen durch die Direktion sowie auch die Kündigungen der Wohnungen. Die armen Mädchen sind aus ihrer Heimat Posen, Schlesien usw. hierher gelockt worden. Wahrscheinlich sind den Mädchen Versprechungen gemacht worden, dahingehend, dass sie auf der Wollkammeri mehr verdienen werden als in ihrer Heimat. Nun die Mädchen hier sind, sehen sie ein, dass sie mit dem Lohn nicht auskommen können, indem hier der Lebensunterhalt, die Mieten und Kleidung teurer ist, als in ihrer Heimat. Nach all dem fragt die Leitung der Wollkammeri jedoch nicht. Ihr Hauptprinzip ist: billige Arbeitskräfte von auswärts zu gewinnen. Wenn die Hergelockten dann später zur Last fallen, ist der Gesellschaft wohl gleichgültig. Sie holt die Leute aus den oben erwähnten Gegenden her und obendrein werden die Leute, die zum Teil noch ganz fremd sind, auf

das Straßenpflaster geworfen. Jeder recht und ehrlich denkende Bewohner sagt sich, dass die Leute mehr verdienen müssen. Man muss sich sogar wundern, wie es möglich gewesen ist, dass die Leute mit dem geringen Verdienst einigermassen ausgekommen sind. Auch die Gemeinde hat ein Interesse an dieser Lohnfrage, indem die Leute von dem Gelde keine Steuern bezahlen konnten. Durch die Wollkammeri hat die Gemeinde Wilhelmsburg ungeheure Armen- und Schullasten auferlegt erhalten. Wenn die Gemeinde noch mehr solche Fabriken hätte, dann müsste sie Konkurs anmelden. Früher hat die Wollkammeri an Steuern lange nicht nach dem bezahlt, was andere Fabriken bezahlten. Es wurden große Abschreibungen und bauliche Veränderungen gemacht, was zur Folge hatte, dass nicht viel Steuern bezahlt zu werden brauchten. Nach der Einführung der neuen Grundsteuerverordnung ist es gelungen, die Wollkammeri etwas mehr zur Mittragung der Gemeindeflasten heranzuziehen, aber der geleistete Betrag wird kaum die Lasten aufwiegen, die die Gemeinde durch die Wollkammeri hat. Deshalb ist es auch von hohem Interesse für die Gemeinde, dass die Leute mehr verdienen. Wie bürgerliche Blätter melden, soll die Wollkammeri 14 Tage lang still gelegt werden. Weiter wird uns berichtet, dass jetzt die Wolle, die in Wilhelmsburg verarbeitet werden sollte, der Wollkammeri in Delmenhorst zur Verarbeitung zugeführt wird."

Da die Einwanderer im rechtlichen Sinne keine Ausländer waren, sondern als Posener Staatsbürger des Deutschen Reiches waren, besaßen sie auch das Wahlrecht. Insofern waren sie als Wähler für die politischen Parteien interessant, und man warb um sie. Die katholischen Posener wählten traditionsgemäß konservativ, also in der Regel das "Zentrum", die katholische Volkspartei. Doch mit zunehmender Politisierung in ihrer Arbeitswelt änderten sich auch ihre Einstellungen. Die Sozialdemokratie warb in Wilhelmsburg systematisch um die Stimmen der Einwanderer. Beispielhaft sei hier der Wahlkampf des Jahres 1903 erwähnt, weil in diesem Jahr keine geringere als Rosa Luxemburg auf Wahlveranstaltungen der SPD mehrere Auftritte hatte. Anzeigen im Volksblatt und der Wilhelmsburger Gemeindezeitung belegen, dass Rosa Luxemburg Wahlkampf in polnischer Sprache machte. Das war insofern ungewöhnlich, als in Norddeutschland und in Hamburg in diesem Jahr August Bebel der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten war. Man kann vermuten, Rosa Luxemburg ist deshalb in Wilhelmsburg aufgetreten, um gezielt die Einwanderer für die Stimmabgabe für die SPD zu gewinnen. Wie alle sozialdemokratischen Veranstaltungen dieser Zeit, wurden auch diese argwöhnisch von der politischen Polizei beobachtet und protokolliert. Und wo man selbst keine Spitzel hinschickte, begnügte man sich, die Berichterstattung

der sozialdemokratischen Zeitungen zu dokumentieren, wie in diesem Falle:

"Eine überaus stark besuchte Volksversammlung fand am Dienstag Abend im Lokale des Herrn Sievert am Vogelhütendeich statt. Als Referentin war die Genossin Dr. Rosa Luxemburg erschienen. Ihr zweistündiger Vortrag bildete für die aufmerksam lauschende Zuhörerschaft einen unvergleichlichen Genuss. Von großen politischen Gesichtspunkten geleitet und doch dabei ein gründliches Eingehen auf charakteristische Einzelheiten nicht verschmähend, bot die Referentin in ihren geistsprühenden, ebenso formschönen als gemeinverständlichen Ausführungen ein klares, umfassendes Bild von dem Jammer und dem Skandal unserer politischen Zustände. Ihre ätzende, oft durch sarkastischen Witz gewürzte Kritik rief wiederholt stürmische Unterbrechungen hervor. Am Schluss wollte der Beifall kein Ende nehmen. Nachdem noch ein Hamburger Genosse die Erschienenen aufgefordert hatte, am 25. Juni treu ihre Pflicht zu tun und unermüdlich zu arbeiten, bis der 17. Wahlkreis in unserem Besitz sei, teilte Genosse Bastian der Versammlung die Bekanntmachung des Landrats mit, nach der am Wahltage Gendarmerie aus dem ganzen Regierungsbezirk Lüneburg nach Wilhelmsburg beordert werden soll. Die Mitteilung wurde von der Versammlung mit schallender Heiterkeit aufgenommen. (...) Ein brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie schloss die imposante Versammlung."

Der Arbeitsrhythmus in den Industriebetrieben und vor allem im Hafen legte die Abläufe des Familienlebens fest: Stanislaus Svoboda erinnert sich: "Mein Vater war im Freihafen beschäftigt. Ich weiß noch, dass ich ihm sonntags immer Mittagessen zur Arbeit bringen musste, weil er dann sechzehn Stunden auf der Arbeit war. Und dann kam ein Schiff wieder neu rein in den Hafen, da musste gleich wieder geiöschert werden. So haben wir ihn die ganze Woche nicht gesehen." Und Peter Walczak: "Wenn meine Mutter arbeiten war, dann hat die Nachbarin nach uns Kindern geguckt auf dem Hof. Mutter hat gekocht, Eintopf. Sie musste doch um sechs schon zur Arbeit. Der Nachbarin hat sie das Essen gebracht, und die hat es dann mittags warm gemacht. Und dann haben wir zusammen gegessen. Wenn meine Mutter um halb sieben wiederkam, dann war es ja dunkel. Da hat man nur guten Tag gesagt, ein bisschen Brot gegessen, und dann marsch ins Bett. So sind wir aufgewachsen."

Kulturelle Identität

"Die Einwanderer aus Posen, die haben sich in der Kirche zusammengeschlossen. Und dann gab es kulturelle Vereine, wo sie sich getroffen haben, da wurde alles beraten. Das Leben unter den Polen war eigentlich

gut, die sind immer zusammen gewesen." So erinnern sich viele Nachkommen Posener Einwanderer, die die Kultur des Zusammenseins noch heute in der katholischen Gemeinde pflegen. Für die Einwanderer war die Kirche ein wichtiger Ort der Gemeinsamkeit als Polen und Katholiken. Die katholische Gemeinde in Wilhelmsburg, St. Bonifatius, war ein Bindeglied der Zuwanderer im neuen Milieu und half dem Einzelnen, seine Isolation zu überwinden. Die Anfänge dieser polnisch-katholischen Gemeinde entstanden in der Wollkammerei, deren Belegschaft zu einem großen Teil aus Einwanderern bestand. In der Wollkammerei wurde Weihnachten 1891 ein Betsaal eingerichtet und ein Pfarrer eingestellt, dessen Gehalt zu gleichen Teilen von der Verkleitung und der Belegschaft bezahlt wurde. Die Arbeiterinnen bestanden - obwohl sie bedeutend schlechter als die Männer entlohnt wurden - darauf, den gleichen Anteil wie die Männer zu leisten, um den Pfarrer zu alimentieren. Der erste Geistliche war Pfarrer Styrinski aus Krakau. Nachdem 1895 die St. Bonifatiuskirche eingeweiht und die Gemeinde 1906 zur eigenständigen Pfarrei geworden war, stellte die Wollkammerei ihre Zahlungen zum Gehalt des Pfarrers ein. Die Nachfolger von Styrinski waren ausnahmslos deutsche Geistliche, die - um sich mit ihrer Gemeinde verständigen zu können - erst polnisch lernen mussten. Dieser Umstand und nationalistiche Beweggründe entfachten zwischen den Polen und dem bischöflichen Generalvikariat in Hildesheim, das für die Einsetzung der Pfarrer zuständig war, einen Kirchenstreit, der Jahrzehnte dauern sollte. Die Polen forderten einen ständigen polnischen Geistlichen in Wilhelmsburg. Die Arbeitgeber unterstützten dieses Ansinnen, man versprach sich auf diese Weise Hilfe "zur Bekämpfung der Trunksucht und Unsittlichkeit sowie zur Erziehung der Arbeiter und Dienstboten zur Pflichttreue und zum Gehorsam gegen ihre Arbeitgeber". Vor allem der nationalistische St. Stanislaus Verein setzte sich für eine Seelsorge in polnischer Sprache ein mit dem Argument, dass sich Landsleute anderenfalls von der Kirche abwenden und der Sozialdemokratie in die Hände fallen könnten. Über Jahre schrieben die Polen Bittbriefe, deren Tonfall sich mehr und mehr verschärfte. Sie gipfelten in einem Schreiben, das die Wilhelmsburger Polen im Jahre 1896 verfassten, und das sehr anschaulich dokumentiert, wie sehr den Einwanderern daran lag, ihre kulturelle Identität in Form ihrer Muttersprache zu bewahren:

"Euer Hohehrwürden! Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass uns Ihre Predigt vom 26.4. vorigen Monats auf keinen Fall nicht gefallen kann (...) In erster Linie sind Sie diejenige Person, wovon der meiste Ärger kommt. (...) Nur um des Geldes wegen wird hier gearbeitet, aber nicht um die ewige Seeligkeit (...) Nur um des Geldes wegen haben Sie sich schon manche Sohlen kaputtgerissen, hier-keinen polnischen Geistlichen rein zu lassen. Denken Sie ja nicht, dass uns das nicht

drückt, wie Sie sich hier ausgedrückt haben, mit solchen Worten, die in ein Gotteshaus nicht passen: "Wem das nicht passt, der kann sich eine andere Stellung suchen." Hiermit fragen wir Sie, wo wir dieselbe suchen sollen? Ein Arbeitgeber sind Sie nicht, das Sie sowas anbiten. Die Arbeitgeber wollen selbst, dass wir in der Kirche unsere Genugtuung finden sollen, was wir der Direktion der Wollkammeri verdanken und keinem anderen; denn sie weiß, dass wir ihr dafür in der Arbeit dankbar sind. Wir würden dasselbe noch mehr fühlen, wenn ein polnischer Geistlicher hier wäre (...) Ja, jetzt kommt in erster Linie die Germanisation und der Geldsack. Warum ist der heilige Geist auf die Apostel herab gesendet worden? Doch wohl nicht wegen der Germanisation, sonst wäre es nicht nötig. Warum werden die Missionare so viele Sprachen gelernt, ehe sie die Wahrheit den Heiden verkünden können? Und weshalb soll uns die Muttersprache noch im Gotteshaus gar nicht sein? Gott muss wohl die Polen nicht erschaffen haben? (...) Durch Ihre schöne Predigt sind wir alle durchweg noch mehr aufgehetzt und nicht zufrieden, wie Sie sich wohl einbilden. Sie kriegen noch mehr zu wissen, wenn es nicht bald anders wird; Wir haben von den vier verflossenen Jahren ganze Akten voll notiert, wie es hier getrieben wird (...) Die Germanisation muss wenigstens in der Kirche beiseite geschafft werden, (...) denn da vor dem Throne des Allerhöchsten soll jeder seine richtige Zufriedenheit finden und nicht Argernis (...) Zu guter letzt werden Sie uns wohl noch verbieten, dass wir in der Muttersprache nicht beten sollen, wie der Herr Rektor Wedig schon den Kindern verboten hat, und unseren Gesang mit polnischem Quatsch beschimpft hat. (...) Ja, Herr Pfarrer, die Schweißpfennige, die Sie von hier bekommen, waren für den polnischen Geistlichen bestimmt, ja wir haben das sogar unterschrieben. Da er sie jetzt nicht bekommt, sind sie ihm wie gestohlen. Ihnen werden sie zur letzten Stunde ein schwerer Stein auf der Brust. Wir brauchen hier einen polnischen Geistlichen, das wissen Sie ganz gut. Folgedessen können Sie nicht sagen, das habe ich nicht gewusst. Heute wollen wir mit den Worten schließen: groß, ja riesig groß ist Ihre Verantwortung. Gezeichnet wir Polen in Wilhelmsburg."

Obwohl mit Leidenschaft formuliert, hatte dieses Schreiben keinen Erfolg. Das bischöfliche Generalvikariat blieb hartnäckig, es schickte weiterhin deutsche Geistliche, die polnisch lernten, nach Wilhelmsburg. Nach 1914 verstummte der Protest der Polen. Seitdem Polen infolge des Kriegsendes als Staat 1918 neu gegründet war, und 1921 in einem Abstimmungsverfahren alle ehemaligen Polen entscheiden konnten, ob sie polnische Staatsbürger bleiben bzw. werden wollten, kehrten viele national gesonnenen Einwanderer in ihre Heimat zurück. Die Posener, die in Wilhelmsburg blieben, wollten den Kampf nicht fortführen und stellten sich auf die Umstände in Deutschland ein. Auch in der Schule wurde der Kampf um die polnische Sprache ausgefochten,

allerdings nicht mit der gleichen Heftigkeit wie in der Kirchengemeinde. Die Kinder lernten durch den täglichen Umgang mit ihren Schulkameraden schnell deutsch, das wiederum führte häufig zu Konflikten im Elternhaus. "Zuhause haben wir noch polnisch gesprochen mit Mutter. In der Schule mussten wir ja deutsch sprechen. Polnischunterricht wurde hier in der Neuhöfer Straße, bei Bachmann im Haus, gegeben.

Da kam ein polnischer Lehrer von Hamburg und hat hier zweimal in der Woche die Kinder unterrichtet. Die Prügelstrafe, die gab es auch noch. Ich hab mal eine Ohrfeige gekriegt vom Lehrer. Der hatte einen großen Ring am Finger und ich hatte dann einen großen blauen Fleck an der Backe. Da bin ich mit meinem Bruder hingegangen, mich beschweren. Da wurde ich in eine andere Klasse gesetzt", so erinnert sich Herr Svoboda an seine Schulzeit "zwischen den Kulturen". In der 1893 fertiggestellten katholischen Schule am Groß Sand herrschte ständig Finanznot. In pädagogischer Hinsicht scheint diese Anstalt auf einem sehr harten und fremdenfeindlichen Kurs gewesen zu sein. Auf Beschwerden von Eltern, deren Kinder geschlagen wurden, antwortete Bürgermeister Jux mit den Worten: "Speziell scheint die Prügelstrafe in der katholischen Schule, die fast nur von Kindern polnischer Einwanderer besucht wird, angebracht zu sein."

Wilhelmsburger und Einwanderer

Von den Einheimischen wurden die Einwanderer zunächst mit großem Mißtrauen bögüt, und vor allem die Lokalchronisten und die örtliche Presse schürten fremdenfeindliche Gefühle und Vorurteile, so zum Beispiel Albertus Gehrkens in seinem 1896 erschienenen Buch "Historische Nachrichten über die Elbinsel Wilhelmsburg": "Durch den großen Zuzug von namentlich polnischen Arbeitern 1888 bis 1890 - wurden die friedlichen Verhältnisse auf unserer Insel wie mit einem Schlage vernichtet. Schlägereien und Diebereien standen jetzt auf der Tagesordnung." 1911 beantragte Bürgermeister Menge eine Schutzmannschaft zur Verstärkung der örtlichen Gendarmerie beim Landrat in Lüneburg mit dem Argument: "Endlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass das slawische Element unter der hiesigen Bevölkerung ständig wächst, da eine Reihe von Industrien diese Arbeiter bevorzugen und heranziehen, zum Beispiel die Wollkammeri. Wie allgemein bekannt, neigen diese slawischen Elemente zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten." Auch die Lokalpresse berichtete - wenn es um die Einwanderer ging - in sehr abfälligem Tonfall und bediente dabei die gängigen Vorurteile, die Polen seien durchweg gewalttätig und dem Alkohol verfallen. So etwa in

folgendem Artikel aus dem Jahr 1912, der in der Wilhelmsburger Gemeindezeitung erschien: "Tanzvergnügen mit Keilerei und Messerstecherei. Eine recht ungemütliche Nacht schneit diejenige vom Sonnabend zum Sonntag gewesen zu sein. Wenn man den Esel aufs Eis führt, wird er sich dort sicherer bewegen, als gewisse polnische Landedelleute, wenn sie sich in Wilhelmsburg zum Karneval begeben. Das bewies sich wieder einmal in der erwähnten Nacht schlagend. Ein geselliger Klub hatte am Sonnabend im W. schen Lokale einen Maskenball veranstaltet, wozu sich auch einige Herren Polacken eingefunden hatten. Ihrem Drange nach karnevalistischer Betätigung wäre ja nun kein Tadel zuzusprechen, wenn sie es nur über sich gewinnen könnten, friedlich und schießlich am Amüsement teilzunehmen. Aber das bekommt "brad Polack" nicht fertig. Natürlich gab's bald Streit und ein slawischer Magnat brachte einem Streigegner mangels sprachlicher Überredungskraft seine Gründe dadurch schlagend bei, dass er ihm einen Stuhl auf den Schädel drückte. Jener blutete aus einer klaffenden Kopfwunde und es ist ihm nicht zu verdenken, wenn er mit der Art der Beweisführung des Nachbarn von der Weichsel nicht ganz einverstanden war. Man rief Herrn Oberwachmeister Ullrich telefonisch zu Hilfe, der denn auch mit Hilfe von zwei Wächtern Ruhe schaffte und drei der Burschen ins Spritzenhaus steckte, nicht ohne, dass die Landsleute gegen die Verhaftung energisch protestierten. Von dem Versuche, die Gefangenen zu befreien, konnten sie nur zurückgehalten werden dadurch, dass der Oberwachmeister ihnen den Armeerevolver unter die Nase hielt. Das fruchtete allerdings sofort. Später setzten sich die braven Polacken an der Reihertstiegsbrücke nach Neuhoft fest, um ihre Gegner abzufangen und noch einmal gehörig zu "verhauen". Das mißfiel denn allerdings, weil die deutschen Festgenossen gar zu sitzfest waren und sich durchaus in ihrem Vergnügen nicht stören ließen. Aber als die Polen hitzigen Kopfes heimwärts stolperten, kamen sie (Keilerei muss doch nun einmal sein, weil Dämon Alkohol sie im Banne hatte) untereinander am Vogelhüttendeich in Streit, wobei der eine einen tiefen Messerstich erhielt, der seine Behandlung durch Herrn Dr. Levy und spätere Überführung nach dem Krankenhaus erforderlich machte." Auch im normalen Alltag gab es zahlreiche Situationen, in denen Einheimische die Eingewanderten spüren ließen, dass sie als Menschen zweiter Klasse gesehen wurden: "Ich war Lehrling. Als ich mal den Kohlenkasten weg gebracht habe, musste ich durch den Zoll, durchs Hafengebiet und dann beim Elbtunnel wieder raus, alles zu Fuß. Am Zoll musste ich einen Passierschein holen. Fragt der Zollbeamte: Name? Svoboda. Schreibt er auf. Vorname? Stanislaus. Pollack! Da hab ich zum ersten Mal überlegt, was er damit gemeint hat. Ich kam abends nach

Hause, hab meiner Mutter erzählt, was passiert war auf dem Zollamt und hab sie gefragt, was er damit gemeint haben wollte. Meine Mutter sagte nur: das war ein dummer Mensch, vergiss das! Und sie hat recht gehabt." Die Einwanderer schützten sich gegen Diskriminierungen und stärkten ihr Selbstbewusstsein, indem sie sich in Vereinen zusammenschlossen. "Die polnischen Vereine: St. Joseph-Verein, Hedwig-Verein, Stanislaus-Verein und Sokol-Verein, die hatten ihre Vergnügen bei Wilke. Und im Gasthof Wettern am Reihertstieg war dann der Arbeiterverein. Wenn die da einen über den Durst getrunken hatten und ein polnisches Mädchen angesprochen...da haben die Polen aber in die Hände gespuckt und gesagt, so, jetzt geht's los! In Wilhelmsburg gab es sozusagen zwei Zentren: alte Schleiße war das katholische Zentrum, Reihertstieg das evangelische. Wenn die katholischen Schüler aus der Schule raus waren, schlossen sie sich dem Junglingsverein an. Dann gingen sie in den Gesellen-Verein, was heute der Kolping-Verein ist. Die Mädchen gingen nach der Schule in den Elisabeth-Verein. So wuchsen sie von einer Stufe in die andere rein. Und hier auf Reihertstieg war die Sportgemeinschaft Viktoria Wilhelmsburg. Bei der Alten Schleiße war der erste Klub 09. Das waren immer zwei kolossale Glaubensrivalen und auch Sportrivalen. Aber das waren zwei ebenbürtige Gegner." Doch das war nur die eine Seite des Alltags. Natürlich gab es auch Annäherungen zwischen Einheimischen und Eingewanderten, nicht zuletzt in Form von Eheschließungen - das jedoch erst in der zweiten Generation ab der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Die Polnischen Einwanderer wurden sehr zu unrecht zu den alleinigen Verursachern von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gemacht. Die Industrialisierung bedeutete für alle Wilhelmsburger einen großen Einbruch in ihren bisherigen Lebens- und Arbeitsalltag, mit dem nicht nur die Einwanderer zum Teil nicht fertig wurden. Manchmal waren die Lebensbedingungen so erdrückend, dass ein Teufelskreis entstand. Die Wilhelmsburger Zeitung vom 29.9.1906 beschreibt das Problem folgendermaßen: "Die Gefahr des sittlichen Verfalls stellte sich besonders in jenen Familien, in denen der Vater abends betrunken heimkehrte. Gab er seinen Lohn für Alkohol aus, so mussten die Ehefrau - und wenn vorhanden - die verdienenden Kinder den Lebensunterhalt bestreiten. Unter solchen Vorzeichen ist es nicht verwunderlich, wenn Frauen, die von ihren Männern im Stich gelassen waren, zu Diebinnen wurden." Alkoholismus und sich daraus ergebende kriminelle Delikte waren kein typisches Verhalten der Einwanderer, sie betrafen die Wilhelmsburger Arbeiterschaft genauso. Kirchengemeinden und die Sozialdemokraten führten einen engagierten Kampf gegen den Alkoholismus mit Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen. Nach 1911 berichtete die Wilhelmsburger Gemeindezeitung nur noch sehr

selten geringschätzig über die polnischen Einwanderer. Nachdem diese im Abstimmungsverfahren 1921/22 endgültig entscheiden konnten, entweder in die alte polnische Heimat, den neu gegründeten Staat Polen zurückzukehren, oder für immer in Wilhelmsburg zu bleiben, gab es kaum noch Benachteiligungen. Von nun an waren sie offenbar als Nachbarn, Kollegen und Mitbürger akzeptiert.

Gastarbeiter in Wilhelmsburg

Nach Ende des zweiten Weltkrieges begann in Deutschland ein rascher Wiederaufbau. Fast so zügig, wie die Nazis ihre Verbrechen begangen hatten, wurden nun die Trümmer wegeräumt, als wollte man das Geschehene so schnell wie möglich vergessen. Zeit zum Nachdenken nahm man sich kaum. Es wurde wieder gearbeitet, die Bundesrepublik Deutschland erlebte ihr "Wirtschaftswunder". Schon zehn Jahre nach Kriegsende, 1955, war die deutsche Industrie wieder auf Expansionskurs. In bestimmten Wirtschaftszweigen fehlten sogar Arbeitskräfte. Trotz 1,073 Millionen Arbeitslosen gab es 203.000 offene Stellen. Verlängerte Ausbildungszeiten, früherer Ruhestand und die Gründung der Bundeswehr waren die Ursachen für den Arbeitskräftemangel trotz noch bestehender Arbeitslosigkeit.

Billige Arbeitskräfte gesucht

Die Bundesregierung schloss 1955 den ersten Anwerbevertrag für ausländische Arbeitnehmer mit Italien ab. Die ersten Italiener, die nach Deutschland kamen, hatten nicht zu lachen. "Ithaka-Sau" war ein geläufiges Schimpfwort für die Menschen, die offiziell als Gäste galten. Der Rassismus der NS-Zeit war noch lebendig. Bundesregierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften waren sich einig, dass Ausländerbeschäftigung wieder nötig sei, betrachteten sie allerdings als eine vorübergehende Erscheinung. Zu Beginn der 60er Jahre holten sich die Firmen ihre Arbeiter selbst aus dem Ausland. Häufig lebten diese Gastarbeiter in Lagern und Baracken, arbeiteten ohne Tarif und Krankenversicherung. Um diese Art von Wildwuchs kontrollieren zu können, griff die Bundesanstalt für Arbeit ein und führte offizielle Anwerbungen im Ausland durch. Ab 1960, im Zeichen internationalen Wirtschaftswachstums und Vollbeschäftigung im eigenen Land, wurden weitere Anwerbeverträge geschlossen. Hinzu kam, dass nach dem Bau der Mauer in Ostberlin keine Arbeiter mehr aus der DDR in den Westen kamen. In rascher Folge wurden von 1960 bis 1968 Anwerbeverträge mit Spanien und Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien

abgeschlossen, um Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. 1961 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 548.000 ausländische Beschäftigte. Sie kamen überwiegend aus den ländlichen Gebieten ihrer Heimatländer und sahen dort keine Perspektive mehr für ihre Zukunft. Ein Arbeiter aus der Türkei drückte das einmal so aus: "Auf dem Lande schläfst du sechs Monate im Jahr, weil es keine Arbeit gibt und du arm bist."

Ausführlich schildert John Berger die Hintergründe der Einwanderung in Europa in seinem Buch "Arbeitsmigranten": "Der Einwohner der modernen Metropole neigt zu der Annahme, dass es immer irgendwie möglich sei, dem Land das nackte Leben abzuringen - wenn es nicht gerade eine Wüste ist: oder ein Sandloch. Dieser Glaube ist Teil der romantischen Idealisierung der Natur, bestärkt durch die Tatsache, dass die Stadt von einem Überfluss lebt, der vom Land hereingebracht und in der Stadt angehäuft wird, wo er verschwenderischen Reichtum suggeriert. Dieser Glaube ist - in jedem Sinn - von der Wahrheit weit entfernt. Die Natur muss bestochen werden, damit sie genug hergibt. Das wissen die Bauern überall. Ländliche Armut bedeutet, dass es nichts gibt, womit bestochen werden könnte. Es geht nicht darum, härter zu arbeiten. Die Möglichkeit, noch mehr zu arbeiten, ist dem Land entzogen. Die moderne ländliche Armut hat nicht einen natürlichen, sondern einen sozialen Grund. Das Land wird unfruchtbar durch einen Mangel an Bewässerung oder Saatgut oder Dünger oder Gerät. Die Unproduktivität des Landes führt sodann zu Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung. Zum Beispiel: ein kräftiger, gesunder Mann ist mitunter gezwungen, den ganzen Tag damit zu verbringen, zwei Rinder zu weiden. Die soziale Grundlage dieser Armut wird jedoch verschleiert. Die ökonomischen Beziehungen, die sich zwischen das Land und die Bauern drängen; das Anteilpachtsystem, das Landpachtsystem, das Kreditsystem, das Marktsystem - sind als Bestandteil der Unfruchtbarkeit des Landes anzusehen, als Bestandteil der unbestreitbaren Wahrheit, dass man aus Steinen kein Brot machen kann."

Die ersten Wilhelmsburger Einwanderer aus Italien schildern ihre Gründe, nach Deutschland zu gehen: "Am ersten Mai 1968 kam ich nach Deutschland. Mein Mann war schon 1962 hier, also sechs Jahre früher. Wir kommen aus Sizilien, Agrigento. Wir waren Landarbeiter, hatten Land gepachtet vom Padrone. Warum wir weggegangen sind? Kein Regen... Wir hatten Mandeln, Oliven, Pferde, Kühe und Schweine. Dann wollte mein Mann eine Wohnung kaufen vom Padrone. Weil wir jahrelang so schlechte Ernten gehabt haben, konnten wir das Geld für die Wohnung nicht bezahlen. In einem Jahr sind zwei Kühe gestorben, und die Kälber auch. Dasselbe ist mit den Pferden passiert. Dann haben wir die anderen Tiere verkauft, um die Wohnung zu bezahlen. Also hatten

wir kein Geld mehr, um die Pacht, geschweige denn neues Saatgut, zu bezahlen. Aber wir mussten dem Padrone das Geld bezahlen, und wir konnten es nicht! Mein Mann hat gesagt: ich muss weg, ich gehe nach Deutschland. Da haben wir uns alle zusammengesetzt, und dann haben wir überlegt - mein Sohn, meine Schwiegermutter und ich. Und wir dachten, mein Mann hat recht. Mein Mann hat hier einen schönen Arbeitsplatz gehabt. Er war fünfundsiebenzig Jahre in der selben Firma, einer Holzfabrik in der Mengestraße. Jetzt bekommt er Rente. Mein Mann hatte einen Schwager, der schon vor ihm nach Deutschland gekommen war. Der hat ihm gesagt, komm nach Hamburg! Also ist mein Mann gekommen und hat sich Arbeit gesucht. Mein Schwager hat im Winter 1962, als die Flut war, alles verloren. Jetzt ist er nach Sizilien zurückgegangen. Ich habe sechs Kinder. Bis auf den Kleinen - der ist jetzt neunzehn - sind alle schon verheiratet. Was ich gedacht habe, als ich nach Deutschland kam? Mein Mann hat gesagt, ich soll kommen. Ich war sechs Jahre allein in Sizilien und habe fünf Kinder bekommen. Das war schwer, allein mit fünf Kindern ohne Mann! Mein Sohn war krank, schwer krank. Ich habe vier Monate im Krankenhaus zugebracht. Und dann habe ich mir gesagt, jetzt müssen wir endlich alle zusammenkommen, egal wo, alle zusammen! Dann kam mein Mann auf Urlaub. Ich habe gesagt, ich mache alles kaputt, wenn jetzt nichts passiert. Entweder bleiben wir alle zusammen hier, oder wir gehen alle zusammen weg, das ist mir egal. Mein Mann war unsicher: ja, aber das ist so schwierig, so viele Kinder, es ist so schwer, eine Wohnung zu finden. Ich hab gesagt, ich reiße meinen Pass kaputt! Dann hat er mir versprochen, dass er eine Wohnung für uns sucht."

Anwerbung

Der ehemalige Ortsamtsleiter von Wilhelmsburg, Hermann Westphal, erinnert sich noch sehr genau an den Beginn der Gastarbeitereinwanderung nach Wilhelmsburg:

"Die ersten ausländischen Arbeiter kamen ungefähr 1960. Soweit mir bekannt ist, waren es in erster Linie Italiener, die im Bereich der Bauwirtschaft, vor allem im Straßenbau, beschäftigt wurden. Meistens wohnten sie mit zehn oder zwölf Personen in Holzbaracken oder anderen Behelfsunterkünften, die einfach auf den Firmengeländen aufgestellt wurden. Bei der Bundesbahn arbeiteten vor allem Jugoslawen im Gleisbau. Sie wohnten in den Steinbaracken östlich vom Bahnhof, im Arbeiterwohnheim der Bahn am Koralluring oder auch in so genannten Bauzügen, die auf den Gleisanlagen abgestellt waren. Auch in dem Arbeiterwohnheim am Kurdamm brachten verschiedene Wilhelmsburger Firmen

ihre Arbeiter unter. An das genaue Datum kann ich mich nicht mehr erinnern, aber es muss 1963 oder 1964 gewesen sein. Es waren jedenfalls sehr heiße Sommertage, und es spielte sich folgende Geschichte ab: Die Howaldtwerke Deutsche Werft brauchten Arbeitskräfte. Die Firmenleitung schickte Werksangehörige, unter anderem auch Betriebsratsmitglieder mit mehreren Reisebussen nach Spanien - natürlich ganz inoffiziell. Damals war es üblich, dass sich auch die Betriebsräte um die Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte bemühten. Bei dieser Aktion sollen allerdings weder deutsche behördliche Stellen noch das spanische Arbeitsamt eingeschaltet gewesen sein. Diese Betriebsabordnung kam mit rund dreihundert Spaniern zurück nach Hamburg. Ganz einwandfrei scheint das wohl nicht gewesen zu sein, denn es wurde gemunkelt, die beteiligten Deutschen könnten sich in Spanien nicht mehr blicken lassen. Die Spanier wurden untergebracht in alten Werksgebäuden auf dem Gelände der Firma Brixner am Ellerholzdam. Die Wohn- und Schlafräume waren mit altem Mobiliar aus abgewrackten Schiffen ausgestattet worden. Die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal, statt ordentlicher Toiletten gab es nur eine einzige Latrine. Wir waren entsetzt! So gab es z.B. auf den düsteren Fluren nur einige wenige elektrische Kochplatten für die vielen Menschen. Sanitäre Einrichtungen, Duschen usw. waren kaum vorhanden. Gemeinsam mit Beamten des Gesundheitsamtes Harburg und der Bauprüfung Wilhelmsburg habe ich als Ortsamtsleiter das Wohnheim besucht. Wir haben ernsthaft erwogen, es dicht zu machen und sämtliche Bewohner auf Kosten der Werft in Hamburger Hotels unterzubringen, bis wenigstens die notwendigsten sanitären Anlagen installiert waren. Nur mit dieser massiven behördlichen Drohung gelang es dann auch, relativ schnell für Abhilfe zu sorgen. Ein Ruhmesblatt für die Howaldtwerke war dies Wohnlager jedenfalls nicht!"

Auch andere Großbetriebe im Hamburger Hafen haben damals ausländische Arbeiter in Wilhelmsburg untergebracht. So hatten die MAN am Reiherstiegdeich, südlich der Neuhofer Brücke, ein großes Barackenlager für Beschäftigte eingerichtet. Hier wohnten vor allem Griechen und Jugoslawen. Später haben die MAN dann Werkwohnungen von der SAGA in Kirchdorf, bei der Windmühle, errichten lassen. Nach einigen Jahren hatten sich viele ausländische Arbeiter vom Hilfsarbeiter zur Fachkraft qualifiziert und waren von den großen Firmen zu kleinen Handwerksbetrieben gewechselt. Doch die Großbetriebe brauchten neue Arbeitskräfte für die weniger qualifizierten Arbeiten, und sie stellten nun überwiegend türkische Arbeiter ein. Für diese, die meist mit ihren Familien nach Deutschland kamen, mussten die Betriebe Wohnraum zur Verfügung stellen. Die vorhandenen Arbeiterwohnheime waren trotz erheblicher Erweiterungen überfüllt. Am Koppelstieg hatte die HHLA, die

Hamburger Hafen- und Lagerhaus Gesellschaft, sogar ein eigenes Wohnheim für portugiesische Arbeiter errichten lassen.

Ghetto?

Im Wilhelmsburger Reiherstiegviertel gab es viele SAGA-Wohnungen, für die die großen Hafenbetriebe noch aus der NS- und Kriegszeit her das Belegungsrecht hatten. Die staatlichen Wohnungsämter und auch die SAGA hatten auf die Belegung dieser Wohnungen überhaupt keinen Einfluss, sie war Sache der Betriebe. Als dann der Zuzug der türkischen Familien in größerem Umfang einsetzte, animierten die Firmen ihre deutschen Werksangehörigen und Pensionäre zum Umzug in andere Wohnungen. Zum Teil sollen sogar die Umzugskosten übernommen worden sein, wie Betroffene berichteten. In die frei gewordenen Wohnungen wurden dann türkische Familien eingewiesen, wieder ohne Einfluss von staatlichen Stellen. So kam es zu unerwünschten Ballungen von ausländischen Familien in einigen Wohngebieten, die eine Integration mit der deutschen Bevölkerung sehr erschwerten, wenn nicht sogar verhinderten. Fast zwangsläufig zogen auch andere Familien aus Wilhelmsburg weg. Man kann heute sagen, dass die von den großen Firmen betriebene und von keiner staatlichen Stelle kontrollierte wahllose Unterbringung von ausländischen Familien in Wilhelmsburg erheblich zur Ghettoisierung beigetragen hat. Man darf sich nicht wundern, wenn diese Entwicklung zu großen Problemen im Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern geführt hat.

Wohnungsnot und Sanierung

Im September 1964 wird Armado Rodriguez als der 1 Millionste ausländische Arbeitnehmer in Deutschland begrüßt und bekommt ein Mofa. Die Presse ist dabei, und das Bild erscheint in vielen Tageszeitungen. Schon vier Jahre später wird kein einziger Ausländer mehr mit Geschenken willkommen heißen, im Gegenteil: Die erste große Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit 1967 führt dazu, dass viele Ausländer in ihre Heimat zurückkehren. Trotzdem schließt die Bundesregierung noch 1968 einen neuen Anwerbevertrag mit Jugoslawien ab. Nach einem erneuten schnellen Wirtschaftswachstum beginnt mit der Ölkrise die zweite Rezession. Die Arbeitslosigkeit wächst wieder, und sie trifft zuerst die Ausländer. Die Bundesregierung setzt 1972 einen Anwerbestopp für ausländische

Arbeitnehmer durch. 1977 beginnt die Massenarbeitslosigkeit, und wieder sind die Ausländer am härtesten betroffen. Parolen wie "Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!" und "Ausländer raus!" werden lauter an den Stammtischen. Tatsache ist jedoch, dass die Arbeitskraft ausländischer Arbeitnehmer längst nicht mehr zu ersetzen ist, denn die wenigsten Deutschen lassen sich noch in die Bereiche vermitteln, in denen Ausländer beschäftigt sind. Diese Arbeit ist oft Schichtarbeit, ist monoton, schmutzig, laut unfallgefährlich und gesundheitsschädlich, schlecht bezahlt und hat kaum gesellschaftliche Anerkennung. Ausländische Arbeitnehmer sind vor allem in Arbeiterberufen tätig. Im Vergleich zu den Deutschen haben überdurchschnittlich viele keine Berufsausbildung und arbeiten meist als Angelernte und Ungelernte. Und die sind eher von Entlassungen betroffen als qualifizierte Fachkräfte. Zudem arbeiten viele in Wirtschaftszweigen, die von besonders harten Strukturkrisen betroffen sind wie Werften, Hoch- und Tiefbauwirtschaft. Rund 23 % der ausländischen Beschäftigten in Hamburg war Ende 1986 in nur fünf Branchen tätig, die alle durch besonders schwierige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind: Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung, Eisen- und Stahlindustrie, Eisenbahn, Gaststättengewerbe, Reinigungsgewerbe. Im Vergleich: nur 7,6 % der deutschen Arbeitnehmer arbeiten in diesen fünf Bereichen. Über den Arbeitsalltag der Einwanderer gibt es zahlreiche Berichte, die im folgenden wiedergegeben werden.

Industriearbeit

"Sechs Jahre hat mein Mann in einer Baracke auf dem Firmengelände gewohnt. Voriges Jahr ist sie abgerissen worden. Er hat dann eine Wohnung gefunden und uns in Italien abgeholt. Mein Sohn hat zu mir gesagt: Mama, ich bin bei Dir. Die Wohnung am Neuhöfer Damm war schlecht. Wir hatten keine Toilette in der Wohnung und nur Gemeinschaftsduschen. Aber wir waren alle zusammen, meine Tochter im Parterre, und wir im zweiten Stock. Ich habe bei Schlobach angefangen zu arbeiten, das ist eine Holzfirma. Nach drei Monaten war ich schwanger. Wir sind zum Wohnungsamt gegangen und haben eine bessere Wohnung gefunden am Bahnhof. Das war Ende 1969. Dann haben meine beiden anderen Töchter geheiratet, und wir waren nur noch zu viert: Fina, Angelo, mein Mann und ich. In der Holzfirma Schlobach war ich an einer Maschine, die das Holz in Platten schnitt. Die Platten, zwei bis drei Meter lang, kamen auf Rollen zum Trocknen. Das war ein schrecklicher Lärm. Wir standen immer zu zweit und mussten die Platten aus der Maschine heben. Arbeiten, arbeiten, arbeiten. Und die Maschine ging zang, zang, zang. Von dieser Arbeit habe ich Kopfschmerzen bekommen, die sind

noch nicht weg, die sind seit dem nicht weggegangen. Als Angelo zwei Jahre alt war, habe ich gekündigt. Ich habe mir eine andere Arbeit gesucht bei der GEG an der Peutestraße auf der Veddel. Da habe ich es länger ausgehalten. Sie stellten Shampoo, Haarfestiger, Seife, Zahnpasta und Aspirin her. In der ersten Zeit habe ich am Band gearbeitet und musste die Deckel zudrehen. Die Flaschen laufen an dir vorbei, schnell, immer schneller, zudrehn, zudrehn, zudrehn, zudrehn. Das war ganz gut, besser als in der Holzfabrik. Ich habe gut verdient und war acht Jahre da. Dann war ich ein Jahr arbeitslos. Dann hatte ich keine Lust mehr und hab wieder Arbeit gesucht. Ich konnte bei der selben Firma weiter arbeiten, in der Gewürzfabrik, die auch zur GEG gehört. Da waren sehr viele Frauen, ganz viele Türkinnen. Ein Jahre habe ich da gearbeitet, bis ich bei der Arbeit einen Finger verlor. Ich musste mit einer deutschen Kollegin die Maschine sauber machen. Sie sagte zu mir: ich mache jetzt die Maschine an, ganz vorsichtig. Die Maschine ging an, und da war mein Finger weg. Der Finger musste mehrmals operiert werden, und ich war über ein Jahr krank. Ich hatte also meinen Finger verloren. Die Kopfschmerzen waren immer noch da von der Arbeit in der Holzfabrik. Ich bin zum Nervenarzt gegangen wegen der Kopfschmerzen. Der hat mir zu viele Tabletten gegeben. Ich kam vom Arzt und ging bei der Post vorbei, und da bin ich dann umgekippt, bestimmt von den Tabletten. Die Schulter war gebrochen. Das war für die Firma die Chance, mich wieder rauszuschmeißen. Es war sehr schwer, wieder eine Arbeit zu finden, aber es ging.

Angemessener Wohnraum?

Die Sturmflut von 1962 war das Ereignis, das die Bevölkerungsstruktur in Wilhelmsburg drastisch veränderte. Die Flut hatte mit ihren verheerenden Zerstörungen und über 200 Toten in Wilhelmsburg gezeigt, wie unsicher die Insel als Wohngebiet war. So gab es Überlegungen im Hamburger Senat, den westlichen Teil Wilhelmsburgs als Wohngebiet aufzugeben. Kirchdorf-Süd wurde als Ersatzsiedlung geplant und gebaut. Im Reihertiegviertel verfielen die Wohnungen, da weder private noch gemeinnützige Wohnungseigentümer (SAGA, Neue Heimat, Genossenschaften) bereit waren, Investitionen zum Wiederaufbau und zum Erhalt zu tätigen. Die ausländischen Arbeiter, die mehr und mehr ihre Familien nachholten und wegen ihrer unsicheren Zukunftsaussichten sich mit billigem und schlechtem Wohnraum zufrieden gaben, waren ein willkommenes Klientel, um aus den schlechtesten Wohnungen noch Rendite zu ziehen. Noch einige Wochen vor dem Abriss schloss die Neue Heimat

Mietverträge mit Ausländern in NeuhoF ab. Große Wahlmöglichkeiten hatten ausländische Familien sowieso nicht. Um eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, müssen sie heute noch "angemessenen Wohnraum" nachweisen: acht bis zehn Quadratmeter pro Person, getrennte Zimmer für Jungen und Mädchen ab vierzehn Jahren. Da Kinder mit sechzehn Jahren ebenfalls eine eigene Aufenthaltsgenehmigung brauchen, kommt es erneut zur Wohnungsprüfung. Nicht selten muss dann bis dahin angemessene Wohnung aufgegeben und eine größere gefunden werden. Die fast zehn Jahre dauernde planerische Unsicherheit ließ den Wilhelmsburger Westen als Stadtteil völlig vernachlässigen. Viele deutsche Familien verließen den Ort, es blieben arme und ältere Menschen, die nicht wegziehen konnten oder wollten. Wären die ausländischen Familien nicht geblieben, Wilhelmsburg wäre verödet und zum Abriss frei.

Ausländerpolitik in Hamburg

Waren die ausländischen Familien in doppelter Hinsicht Opfer - Opfer der Folgen der Abrisspläne und Opfer des Zwangs, angemessene Wohnungen zu finden - wurden sie schnell zu Tätern gemacht. Die angeblliche Überfremdung und die "gefährliche Ausländerkonzentration" wurden zum Problem, nicht etwa die Ursachen, die dazu geführt hatten. Weil immer mehr Menschen aus Wilhelmsburg fort zogen, dachte man über Maßnahmen nach, die deutschen Familien zu halten und die ausländischen Familien fernzuhalten, anstatt die Verständigungsmöglichkeiten zwischen beiden zu verbessern. Als Mitte der 70er Jahre Wilhelmsburg wieder lebenswert werden sollte, erste Sanierungspläne angedacht und NeuhoFs Abriss bevorstand, dachte man darüber nach, die ausländischen Bewohner zu vertreiben und zu verhindern, dass sich neue ausländische Familien ansiedeln. So wurde ein Verwaltungsstück des Gebiets NeuhoF als nicht zu Wilhelmsburg zugehörig erklärt - die ehemaligen Bewohner sollten nicht nach Wilhelmsburg ziehen dürfen. In den 1976 verabschiedeten "Leitlinien zur Hamburger Ausländerpolitik" legt sich der Senat zwar fest: "Für den Umzug der Ausländer aus Anwerbeländern aus Konzentrationsgebieten in andere Stadtteile wird der Senat Angebote bereitstellen, von denen sie entsprechend ihren Wohnwünschen Gebrauch machen können. Administrative Zwangsmaßnahmen hierfür lehnt der Senat ab. Die Wohnungsbehörden und die SAGA werden dazu soweit wie möglich Ausländern aus Anwerbeländern insbesondere geeignete Wohnungen außerhalb der Konzentrationsgebiete anbieten. Die Maßnahmen zum Abbau von Ausländerkonzentrationen können, falls sich dies als

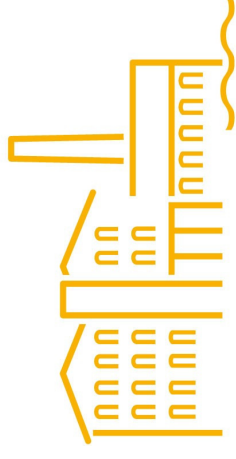
erforderlich herausstellt, dadurch ergänzt werden, dass die Wohnungsbehörden und die SAGA Ausländer aus Anwerbeländern in den Konzentrationsgebieten keine Wohnungen mehr überlassen. Damit lässt sich eine Beschränkung des Zuzugs entsprechend dem Umfang des Anteils an Wohnungen erreichen, über die die Wohnungsbehörden und die SAGA verfügen. Die Maßnahme soll fallweise und nur wenn dringend erforderlich getroffen werden."

Aufgrund dieser Regelung wird die so genannte "Vergabesperre" für den Wilhelmshurger Westen im September 1977 durchgesetzt. Bezirksamtleiter Raloff bezeichnet türkische Menschen als "nicht integrationsfähig". Ausländer wurden generell zu Problemfamilien erklärt: "Während Portugiesen, Italiener, Spanier und auch Jugoslawen wegen des im Reihertiegviertel vorhandenen hohen Anteils an Katholiken die sonst im norddeutschen Raum im Allgemeinen gegebene konfessionelle Integrationsschranke nicht vorfinden und so letztlich bei entsprechenden Bedingungen langfristig eingliederbar sind, zeigen sich die Türken aufgrund sehr unterschiedlicher Lebensgewohnheiten zu den Deutschen und wegen der Konfessionsschranke in der weitaus überwiegenden Mehrzahl integrationsablehnend."

Ausländer oder Einheimische?

Die Zuzugssperre, später auf ganz Wilhelmshurg ausgeweitet, bedeutete: Ausländer, die nach Wilhelmshurg ziehen wollen, bekommen dort keine Sozialwohnung und werden vom Wohnungsamt nicht vermittelt. Die Sperre ist gerichtlich nicht anfechtbar, und sie erfüllt ihren Zweck, den Ausländeranteil zu senken, natürlich nicht, da nicht der Zuzug, sondern die Geburtenraten die Einwohnerzahlen erhöhen. Dennoch ist diese Regelung nach wie vor in Kraft. Da nun ausländische Familien auf den sehr viel schlechteren privaten Wohnungsmarkt ausweichen müssen, haben Wohnungseigentümer auch der schlechtesten und verrottetsten Wohnungen Einkommensgarantien. Mit fortschreitender Sanierung werden die Wohnungen teurer. Ein Prozess, der nun bewusst eingesetzt wird, um die von Arbeitslosigkeit eher als Deutsche betroffenen Ausländer (Verhältnis 1:3) aus Wilhelmshurg zu verdrängen. So entstehen an anderen Stellen der Stadt neue "Ausländerkonzentrationen", wie z.B. in Neuwiedenthal, bis auch dort der Verdrängungsprozess einsetzt. Dies alles geschieht mit Menschen, die in der zweiten und dritten Generation hier leben. Sind es immer noch Ausländer? Oder sind es Einwohner?

Copyright und Kontakt:
Geschichtswerkstatt Wilhelmshurg & Hafen
Kulturzentrum HONIGFABRIK
Industriestraße 125-131, 21107 Hamburg
Mail: markertm@honigfabrik.de
www.geschichtswerkstatt-wilhelmshurg.de



**Geschichtswerkstatt
WILHELMSBURG & HAFEN**